

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER STAATSSSEKRETÄR

p.A.11.10.51.BR Felber. - MAP/PEM

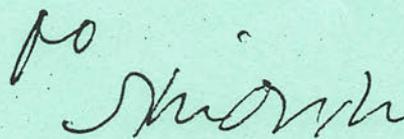
Bern, 10. August 1992

Original direkt weitergeleitet

Notiz an das Generalsekretariat
Arbeitswiederaufnahme des Bundespräsidenten

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 24. Juli 1992 erhalten Sie in der Beilage die gewünschte Dokumentation der politischen Direktion für Herrn Bundesrat Felber. Diese enthält folgende Elemente :

1. Eine zusammenfassende Notiz der wichtigsten Geschäfte seit Ende Mai. Dieser Notiz ist auf rosa Papier eine Zusammenfassung vertraulicher Geschäfte angefügt, von welcher wir Sie bitten, keine Photokopien herzustellen und diese auch nicht weiterzuverteilen.
2. Eine Zusammenfassung der wichtigsten integrationspolitischen Geschäfte seit Ende Mai.
3. Einen Ausblick auf die wichtigsten Geschäfte der kommenden Wochen.
4. Einen Ausblick auf die wichtigsten integrationspolitischen Fragen der kommenden Wochen.
5. Eine Dokumentation mit Unterlagen zur Vertiefung der in den genannten Notizen erwähnten Punkten.



Jakob Kellenberger



p.A. 11.10.51 - MAP

Bern, den 4. 8. 1992

Notiz an Herrn Bundespräsident René Felber**Rückblick auf die wichtigsten Geschäfte der Politischen Direktion
seit Ende Mai****Jugoslawienkrise (vergl. auch Beilage 1)**

Am 30. Mai hat der UNO-Sicherheitsrat (Resolution 757) Sanktionen gegen Serbien/Montenegro beschlossen und damit den Hauptschuldigen am Konflikt bezeichnet. Die Schweiz hat sich den Sanktionen angeschlossen. Bei der Suche nach einer politischen Lösung steht weiterhin die EG-Konferenz über Jugoslawien (Lord Carrington) im Mittelpunkt ; den entsprechenden Bemühungen ist aber kaum Erfolg beschieden.

Am 25. Juli hat Grossbritannien eine Initiative ergriffen zur Einberufung einer umfassenden Jugoslawienkonferenz nach London in der zweiten Augushälfte unter Teilnahme namentlich der EG, der UNO und der KSZE (Ratspräsident); weitere Teilnehmer bleiben möglich. Schweizerische Haltung: Bemühen sich nützlich zu machen (Disponibilität für Folgetreffen in Genf) respektive an Konferenz eingeladen zu werden.

Osteuropahilfe (vergl. auch Beilage 2)

1.7.1992: Verabschiedung der GUS-Botschaft durch den Bundesrat; Erhöhung des laufenden Osteuroparahmenkredites von 800 Mio um 600 Mio auf 1,4 Mia Franken. Ausdehnung der Unterstützung auf die Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR. Antrag EDA/EVD hatte Erhöhung um 800 Mio vorgesehen und dringliche Behandlung im Parlament verlangt, was vom Bundesrat abgelehnt worden ist. Trotz diesen zwei Abstrichen ist die Verabschiedung mit Blick auf die Bundesfinanzen als Erfolg zu werten.

Stimmrechtsgruppe Bretton Woods (BW)

Der schweizerische Anspruch auf einen Sitz in den Leitungsorganen der BW-Institutionen erregt beträchtliche Unruhe bei betroffenen Instanzen in Washington und in einzelnen Staaten. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich diese auch auf politischer Ebene niederschlägt. Die schweizerischen Bemühungen um eine adäquate Vertretung in den Leitungsorganen können folgendermassen zusammengefasst werden:

- Schriftliche Bereitschaft Polens zugunsten schweizerischer Stimmrechtsgruppe
- Rumänien hat sich für holländische Gruppe entschieden

- Türkei: Während Demirel am Rande des KSZE-Gipfels in Helsinki gegenüber BR Ogi den Entscheid zugunsten der Schweiz mündlich bekannt gab, steht eine schriftliche Bestätigung noch aus. Offenbar gibt es innertürkische Differenzen sowie beträchtliche Pressionen der Belgier auf die Türkei.
- Südafrika hat ein gewisses Interesse an einer schweizerischen Gruppe signalisiert, doch will es die Bildung einer Kerngruppe abwarten, bevor es sich entscheidet.
- Kirgisien, Usbekistan und Tadjikistan sind bereit, zur schweizerischen Gruppe zu stossen (Memorandum of Understanding). Armenien und Azerbeidjan haben sich noch nicht definitiv entschieden. Georgien und Kasachstan haben für eine andere Gruppe votiert.

KSZE:Helsinki-Gipfel, 9./10.7.1992 (vergl auch Beilage 3)

Der Gipfel hat ein Dokument verabschiedet, welches v.a. folgende Elemente enthält:

- KSZE wird regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der UNO-Charta
- Sie kann Peace-keeping Operationen durchführen, allenfalls im Zusammenarbeit mit NATO und WEU
- Schaffung eines neuen Forums für Sicherheitskooperation, welches allen Mitgliedstaaten offen ist und in welchem ein breiter Sicherheitsdialog stattfinden soll.
- Abhaltung von Expertentreffen zur Ausarbeitung einer Konvention zur friedlichen Streitbeilegung
- Schaffung eines Hochkommissars für nationale Minderheiten
- Stärkung der Führungsstruktur der KSZE durch die Möglichkeit Aufgaben an die Troika (Vorsitz, alter und neuer Vorsitz) zu übertagen.

KSZE:Missionen

- 3.-9.5. Menschenrechtsmission unter Leitung Prof Fleiner. Ergebnis: dramatische Verschlechterung der Menschenrechtsslage.
- 27.5.-2.6. Erkundungsmission nach Kosovo zur Abklärung der militärischen Lage unter schweizerischer Beteiligung (Brigadier Schärli). Ergebnis: keine aussergewöhnlichen Aktivitäten der jugoslawischen Armee aber starke Präsenz serbischer Milizen.

Schweiz und Europäische Sicherheitsstrukturen (vergl auch Beilage 4)

Unter der Leitung von Staatssekretär Kellenberger diskutiert eine informelle Arbeitsgruppe aus Vertretern von EDA und EMD über Probleme der Annäherung der Schweiz an wichtige Organisationen europäischer Sicherheit (NATO-Kooperationsrat, WEU, NATO etc).

Waffenexporte/ Dual Use (vergl. auch Beilage 5)

- Trotz politischer Risiken kommt das EDA zum Schluss, dass es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angezeigt ist, die Lieferung von 75 PC-7 nach Südafrika basierend

auf Artikel 102/8 Bundesverfassung zu verbieten. (Eine ordentliche gesetzliche Grundlage für ein Verbot existiert nicht)

- Lieferung von Chiffriergeräten nach Iran: Mit dem gleichen Argument sehen wir uns gezwungen, eine Lieferung von Chiffriergeräten nach Iran durch eine Konkurrenzfirma der Crypto AG (Arbeitgeber von Bühler) zuzulassen.
- In München wird eine für Iran bestimmte Lieferung von Werkzeugmaschinen aus der Schweiz durch einen Sprengstoffanschlag zerstört.

Diese und andere Beispiele aus dem Bereich Kriegsmaterialexport/Dual use zeigen, dass die Revision von Kriegsmaterialgesetz und Aussenwirtschaftsgesetz dringlich sind, damit wir endlich griffige aussenpolitische Instrumente erhalten.

Abrüstung, Rüstungskontrolle, nukleare Kooperation

Die Genfer Abrüstungskonferenz hat sich für Den Haag und damit gegen Genf und Wien als Sitz der künftigen C-Waffen-Kontrollagentur entschieden.

Die Schweiz ist in das Missile Technology Control Regime aufgenommen worden und hat damit erstmals an einem Plenum teilgenommen.

Das nukleare Kooperationsabkommen mit Belgien wurde durch Staatssekretär Kellenberger unterzeichnet.

Geldwäscherei (vergl auch Beilage 6)

Unter schweizerischem Vorsitz fand am 25. Juni 1992 in Lugano die dritte Jahrestagung der Groupe d'action financière sur le blanchiment des capitaux (GAFI) statt.

Bankenreziprozität mit Japan (vergl auch Beilage 7)

Am 30. Juni 1992 hat die Eidg. Bankenkommission Lizenzen für 10 in der Schweiz ansässige japanische Finanzgesellschaften erteilt. Als Gegenleistung erhielt die Schweiz Verbesserungen bei der Stellung schweizerischer Banken in Japan.

Wahlbeobachtungen

Die Schweiz hat mit 6 Personen im Rahmen einer Gruppe von 250 Teilnehmern an einer Beobachtungsmissionen in Aethiopien teilgenommen (Regionalwahlen vom 21.6.).

Schweizerische Teilnahme an Ausstellungen

Der Bundesrat hat vor den Ferien die Botschaft über Teilnahme der Schweiz in Taejon 1993 gutgeheissen, ebenso zugestimmt hat die zuständige Kommission des Nationalrates.

Vertretungsnetz

Unsere Vertretungen in Kiew (Ukraine), Tirana (Albanien) und Riga (Lettland, Litauen) sind inzwischen eröffnet worden und mit Chargé d'affaires respektive

Botschafter besetzt; in Zagreb (Kroatien) geschieht dies in Kürze. Unsere Botschaft in Warschau wird inskünftig auch für Weissrussland, die Vertretung in Budapest für Slovenien zuständig sein. Botschafter Ritter hat in den meisten GUS-Republiken, für welche er zuständig ist, die Beglaubigungsschreiben überreicht.

Flüchtlings- /Migrationspolitik

Am 15. 7. vereinbaren Vertreter aus Oe, CH, D, S betreffend Gewaltflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina folgende Grundsätze:

- Hilfe vor Ort verstärken
- Schaffung sicherer Zonen in der Region
- Kontingentweise Verteilung der Gewaltflüchtlinge auf Westeuropa

Am 29. 7. fand in Genf eine vom UNHCR einberufene Konferenz über die humanitäre Hilfe für die Opfer des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien statt. Die Ergebnisse lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

- 150 Mio Dollar zusätzliche Finanzmittel u.a. für UNHCR
- keine Zustimmung zu der von der Schweiz, Oesterreich und Deutschland vorgeschlagenen kontingentweisen Uebernahme von Vertriebenen aus Bosnien-Herzegowina.
- Bildung eines "Comité du suivi"; Mandat noch nicht festgelegt
- DEH bereitet Antrag an den Bundesrat vor für zusätzliche humanitäre Hilfe .

Afghanistan

Als Ergebnis der Mission Sutter/Bucherer vom 18.-21.5. kommen wir zum Schluss, dass die Bemühungen um gute Dienste seitens der Schweiz beendet sind. Der Friedensdienst hat dies in einem Schreiben auch Herrn Paul Bucherer mitgeteilt.

Iran (vergl. auch Beilage 8)

Der Bundesrat ist zwar grundsätzlich bereit, eine Entschädigung für den Iran für die am 5.4.92 erfolgten Schäden am Botschaftsgebäude zu prüfen, doch spricht er sich gegen eine vom EDA beantragte Pauschalabgeltung aus und verlangt genaue Belege für die nicht gedeckten Schäden.

Irak

Am 27. Juli ist ein Spezialist des EMD für biologische Waffen im Auftrag der UNO nach Bagdad verreist. Seit August 1991 waren mehrere Schweizer an über einem Dutzend solcher Inspektionen beteiligt.

Libyen

Im Rahmen der Durchführung der Sanktionen wird die Schweiz insbesondere von britischer und amerikanischer Seite verschiedentlich auf Verletzungen und Umgehungen im Bereich des Luftverkehrs angesprochen. Durch ein Schreiben von

mitte Juli ruft das EDA der Vertretung von Libyan Arab Airways unter Strafandrohung in Erinnerung, dass die Geschäftstätigkeit des Büros in Zürich einzustellen sei. LAA hat inzwischen entsprechende Zusicherungen gegeben.

Südafrika (vergl auch Beilage 9)

Bei Treffen mit Staatssekretär Blankart wiederholt Nelson Mandela die Forderung nach direkter finanzieller Unterstützung des ANC durch die Schweiz. Da dies nicht möglich ist, wird geprüft, ob allenfalls Experten für Marktwirtschaft und Föderalismus zur Verfügung gestellt werden können.

Taiwan/Volksrepublik

Wegen der Teilnahme von drei ehemaligen EMD-Beamten am Bau militärischer Anlagen in Taiwan übermittelt die Chinesische Botschaft in Bern einen scharfen Protest der Volksrepublik.

Israel/Golan

Entgegen klarer und wiederholter Aufforderungen durch die Politische Direktion sieht eine Delegation der Offiziersgesellschaft wiederum einen Besuch Israels einschliesslich des Golan vor. Die Politische Abteilung 2 macht das EMD erneut auf unsere diesbezüglich ablehnende Haltung aufmerksam.

Wichtigste Besuche/ Reisen

in Bern:

Costa Martins, Portugiesischer Staatssekretär, 29.5.

Ali Akbar Velayati, Aussenminister Irans, 19.6. in Crans

Nicéphore Soglo, Präsident Benins, 19.6

F.Vranitzki, oesterreichischer Bundeskanzler, 23.6.

C. Tasca, französische Frankophonienministerin, 13.7.1992

Jose D'Alva Costa Alegre, Premierminister von Sao Tome, 17.7.

von Bern

Bundesrat Ogi: KSZE-Gipfel Helsinki, 9./10.7.

Staatssekretär Kellenberger: London, 6.7. (EG-Präsidentschaft)

BUREAU DE L'INTÉGRATION DFAE/DFEP

Berne, le 28 juillet 1992

Principales affaires traitées par le Bureau de l'intégration de la fin mai au début du mois d'août

1. Affaires parlementaires

- 17 - 18 juin : rencontre entre une délégation du Parlement européen, conduite par le Président Klepsch, et une délégation de l'Assemblée fédérale, dirigée par le Conseiller National Nebiker. L'échange de vues a donc permis aux représentants du Parlement européen de se familiariser avec les contraintes de notre système de démocratie directe.
- 24 - 26 juin : séances de la Commission de politique extérieure du Conseil national, qui a voté l'entrée en matière sur le message EEE et a discuté du rapport d'intégration. Bien que positifs dans leur majorité, certains membres de la Commission se sont montrés assez critiques sur notre politique d'intégration.
- 6 - 7 juillet : séances de la Commission de politique extérieure du Conseil des Etats, qui a voté à l'unanimité l'entrée en matière sur le message EEE, et reporté la discussion sur le rapport d'adhésion au mois de septembre. Etat d'esprit très positif et constructif des membres de la Commission.

A ce stade, l'on peut dire qu'en général, parmi les préoccupations premières des députés figurent l'exercice Eurolex et le rôle des cantons dans le processus de décision de l'EEE. Le régime des assurances sociales (impossibilités avec l'EEE, de retirer dorénavant en une fois la somme correspondant aux cotisations capitalisées), de même que la question de la liberté de résidence en France pour les Suisses travaillant en Suisse, notamment, sont des sujets qui referont sans doute surface d'ici le 6 décembre.

2. Information en vue de la votation EEE du 6 décembre

Les 5,9 millions de francs pour la campagne d'information ont été votés fin juin par le Conseil national (155 pour, 55 contre) et par le Conseil des Etats à l'unanimité.

Par ailleurs, le B.I. est en train de finaliser les divers supports matériels destinés à une information circonstanciée et adaptée aux différents publics (message simplifié, moyens audio-visuels, euro-téléphone, programmes de conférences, etc.).

3. Préparation des négociations d'adhésion

En attendant la mise en place de l'organisation et de la structure de la négociation au sein de l'administration, le B.I., chargé de la défense des intérêts suisses dans cette phase pré-négociatoire, veille à ce que la Commission des CE obtienne les renseignements dont elle a besoin pour rédiger son "avis" sur la candidature suisse. Il est également en train de préparer, d'entente avec les offices concernés, une série de documents de travail sur les sujets qui devront être négociés.

4. Avis sur la Suède

La Commission des CE devrait le rendre public le 31 juillet.

5. EUREKA

Lors de la ministérielle EUREKA à Tampere, fin mai, la Hongrie a été admise au nombre des Etats membres.

6. COST

Par une résolution adoptée mi-juin, la Slovaquie et la Croatie ont été admises comme parties à ce programme de recherche, parallèlement à la Yougoslavie.

7. Accord assurance

L'Accord assurance entre la Suisse et la CE a été ratifié le 24 juin 1992. Il entrera en vigueur le 1er janvier 1993.

8. EEE et salaires

L'OFIAMT a présenté un rapport sur les répercussions de l'EEE sur l'emploi et les salaires en Suisse. Résultats : à moyen et à long terme, l'EEE mènera à une situation de l'emploi plus résistante et plus sûre et à des postes de travail plus attractifs. A court terme, on pourrait assister à la suppression de certains emplois par suite des mutations structurelles induites par l'EEE.

p.A. 11.10.51 - MAP

Bern, den 4.8. 1992

Notiz an Herrn Bundespräsident René Felber

Politische Direktion: Ausblick auf die wichtigsten Ereignisse der nächsten Wochen

Jugoslawien

Die Londoner Jugoslawienkonferenz wird auf diplomatischer Ebene im Mittelpunkt stehen. Allerdings kann diese Konferenz wohl nur zustande kommen, wenn ein dauerhafter Waffenstillstand in Kraft tritt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es allenfalls zu einer begrenzten Militäraktion (Ausweitung der bestehenden WEU-Ueberwachung des Schiffsverkehrs) kommt. Offen bleibt zur Zeit, ob die Schweiz an der Londoner-Konferenz oder bei allfälligen Folgekonferenzen beteiligt wird oder nicht. Das vergleichsweise bescheidene Engagement der Schweiz in Jugoslawien wird gegen eine Teilnahme sprechen, die schweizerische Betroffenheit durch die grosse Zahl von Jugoslawen in unserem Lande dagegen für eine Teilnahme.

Osteuropahilfe

Die GUS-Botschaft wird im September in den Ständerat, im Dezember in den Nationalrat gehen. Noch vor der Behandlung in den Räten werden von der Politischen Abteilung 1 geleitete Missionen von EDA und EVD alle künftigen Empfängerländer der GUS (mit Ausnahme Armeniens) besuchen, um die Bedürfnisse abzuklären und den jeweiligen Ländern die Bedingungen für eine schweizerische Unterstützung bekanntzugeben.

Europarat

Am 10.11.9.1992 findet eine ausserordentliche Ministerkonferenz des Europarates in Istanbul statt Hauptthemen: Neue Rolle des Europarates sowie Beziehungen zu den GUS-Staaten.

KSZE-Konferenz über friedliche Streitschlichtung in Genf

Eine erste Runde von Verhandlungen soll vom 12.-23. Oktober in Genf stattfinden mit einer anschliessend möglichen zweiten Runde vom 16.-27. November. In einer der ersten Bundesratssitzungen wird das EDA beantragen, Botschafter Markus Kaiser zum

Exekutivsekretär der Konferenz vorzuschlagen. Die schweizerische Haltung und Vertretung an der Konferenz wird später Gegenstand eines zweiten Antrages sein.

KSZE:Berichterstattemission Jugoslawien

Am 1. August ist eine Mission mit schweizerischer Beteiligung (Prof.Fleiner) nach Jugoslawien entsandt worden. Das Ziel besteht darin, abzuklären, ob die Einsetzung einer permanenten Menschenrechts-Ueberwachungsmission in Kosovo, Wojwodina und Sandjak möglich ist. Der Ausschuss Hoher Beamter sollte mitte September darüber entscheiden.

KSZE:Forum für Sicherheitskooperation

Das neu geschaffene Forum wird seine Arbeit in Wien am 22. September mit schweizerischer Beteiligung aufnehmen. In diesem Forum werden neue Verhandlungen über Rüstungskontrolle, Abrüstung, Vertrauens- und Sicherheitsbildung stattfinden.

Wahlbeobachtungen

Die Schweiz nimmt am zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im Kongo vom 16. 8. teil.

Friedenspolitik

In einer der ersten Sitzungen nach den Ferien wird der Bundesrat über einen Antrag betreffend die Unterstützung der schweizerischen Friedensstiftung zu entscheiden haben. Umstritten ist die Kompensation der vorgesehenen Unterstützungsbeiträge.

Waffenexport/Dual-Use

Der Bundesrat wird erstmals aufgrund der Verordnung über die Aus- und Durchfuhr von Waren und Technologien im Bereich der ABC-Waffen und Raketen vom 12.2.1992 über ein Ausfuhrgesuch zu entscheiden haben (Lieferung einer Werkzeugmaschine an einen indischen Rüstungsbetrieb).

Er wird ausserdem über eine allfällige Aufhebung des Kriegsmaterialausfuhrverbotes nach Chile zu beschliessen haben.

Geldwäscherei

Die Schweiz wird bis Ende Jahr wiederum eine Selbsteinschätzung über die Umsetzung der 40 Empfehlungen der GAFI sowie die Fortschritte in der Bekämpfung der Geldwäscherei verfassen müssen. Sie wird sich im Frühjahr 1993 einem eingehenden Länderexamen unterziehen, welches turnusgemäss alle GAFI-Mitglieder absolvieren müssen, mit dem Ziel Fortschritte und Lücken in der Geldwäscherei festzustellen.

Bericht zur schweizerischen Aussenpolitik

Der für Ende Jahr angekündigte Bericht zur Aussenpolitik wird zur Zeit von den verschiedenen Diensten erarbeitet und vom Politischen Sekretariat koordiniert. Eine Grobstruktur ist vor den Sommerferien festgelegt worden. Bis Anfang September soll ein erster Entwurf vorliegen.

Staatsbesuch (vergl. auch Beilage 10)

Bundesrat Ogi wünschte für die Festlegung des Staatsbesuches 1993 eine Liste möglicher Einladungen aus der Sicht des EDA. Diese sollte nach dem Kriterium der europapolitischen Nützlichkeit für unser Land aufgestellt werden. Ein Aussprachepapier des Protokolls, welches nach Rücksprache mit Integrationsbüro und PA1 erstellt wurde, wird für eine der ersten Bundesratssitzungen bereit sein.

Botschafterkonferenz

Die Unterlagen für die einzelnen Arbeitssitzungen wurden anfang August an die Teilnehmer verschickt. Seminare finden zu folgenden Themen statt: Sub-Sahara Afrika, Mittelmeer, Osteuropa. Der Mittwoch ist der schweizerischen Europapolitik gewidmet.

Ausstellungen

Ein Antrag für einen Zusatzkredit für die Ausstellungen von Sevilla und Genua (Anpassung an die Teuerung) ist in Vorbereitung. Die Kosten werden teilweise durch den Verzicht, das Botta Zelt in Strassburg aufzustellen, kompensiert.

Ein Antrag für eine Teilnahme an der Blumenausstellung von Stuttgart 1993 stösst auf Ablehnung beim EFD.

Freiwillige AHV/IV im Zusammenhang mit dem EWR

Mit Inkrafttreten des EWR soll bekanntlich die freiwillige AHV/IV für Auslandschweizer auslaufen. (Keine neuen Beitritte möglich). Als Ersatzlösung wird auf die Möglichkeit der individuellen Vorsorge über eine private Versicherungsgesellschaft sowie auf die Fürsorgeleistungen der Eidgenossenschaft hingewiesen. Die Auslandschweizerorganisation ist mit dieser Lösung nicht einverstanden. Sie hat verschiedene Parlamentarier mobilisiert, welche in der Eurolex-Debatte intervenieren sollen. Aus der Sicht des EDA ist es wichtig, dass für die Ehegatten unserer Beamten im Ausland eine befriedigende Lösung gefunden wird.

Libanon

Botschafter Sciolti wird im Oktober 1992 eine Abklärungsmission im Libanon durchführen, um die Voraussetzungen für die eventuelle Wiedereröffnung unserer Vertretung in Beirut zu prüfen.

Blockfreie

Die Schweiz wird, unter Vorbehalt der Zustimmung durch den Bundesrat, am 10. Gipfeltreffen der Blockfreien anfang September in Jakarta durch Botschafter Simonin als Beobachter vertreten sein.

El Salvador

Die Schweiz wird nächstens den Fall Weiss der durch den Frieden zwischen Regierung und Opposition geschaffenen Untersuchungskommission unterbreiten.

Kolumbien

Unsere Botschaft in Kolumbien hat verlangt, vom Präsidenten empfangen zu werden, um mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass wir den Fall Feldmann als nicht gelöst betrachten.

Reisen

- Staatssekretär Kellenberger, Türkei, 8. - 12. September (Istanbul, Ankara)
- Botschafter Simonin, verschiedene Länder des Mittleren Ostens, ende August, anfang September, im Rahmen eines Reisekonzeptes der Direktion für internationale Organisationen. Ziel: Propaganda für Genf als Sitz der internationalen Umweltorganisationen.

BUREAU DE L'INTÉGRATION DFAE/DFEP

Berne, le 28 juillet 1992

**Principales affaires du ressort du Bureau de l'intégration
pour la période postérieure au 10 août****1. Affaires parlementaires**

- 10 août : débat général sur le message EEE devant la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national.
- 13 août : - examen de détail du message EEE et question de l'arrêté fédéral d'approbation devant la Commission de politique extérieure du Conseil national.
- débat sur le message EEE devant la Commission de l'économie et des redevances du Conseil des Etats.
- 17 août : fin de la discussion sur l'EEE de la Commission de politique extérieure du Conseil national.
- 24 août -
4 septembre : session extraordinaire du parlement sur l'intégration.

Par ailleurs, diverses affaires soumises par des parlementaires au Conseil fédéral seront finalisées au mois d'août (Postulat Simmen : aide suisse au développement dans l'hypothèse d'une adhésion à la CE; Postulat Vollmer : participation du Parlement aux négociations d'adhésion; Interpellation Strahm : objectifs à négocier en cas d'adhésion; Question Blocher : Corps européen).

2. Candidatures suisses pour les organes de l'AELE

Lors de sa séance du 19 août, le Conseil fédéral devrait examiner la question des candidats suisses aux postes de juge de la Cour AELE et de membre de l'Autorité de surveillance AELE.

3. Présidence suisse pour EUREKA

Dans le courant du mois d'août, le Conseil fédéral devrait décider des modalités de la reprise de la présidence EUREKA par la Suisse, notamment de la distribution des tâches afférentes au sein de l'administration.

4. Date de l'avis de la CE sur la Suisse

Au mois d'août toujours, le Conseil fédéral devrait discuter des avantages et des inconvénients d'un avis rendu public par la Commission des CE avant ou après le 6 décembre 1992, date de la votation EEE.

5. PESC et élargissement

Le 12 septembre, les MAE des pays de la Communauté en débatteront à Hertfordshire (Royaume-Uni).

6. Neutralité et PESC

Les 10 et 11 septembre, les Ambassadeurs Krafft et Spinner auront des entretiens notamment à ce sujet à la Commission des CE.

7. Séminaire sur l'intégration européenne

Sous la co-présidence des SE Blankart et Kellenberger, nos chefs de mission postés dans les pays de l'EEE procéderont les 17 et 18 septembre à un échange de vues sur la politique suisse d'intégration.